

Wie Umwelt und Klima als Machtinstrument missbraucht werden

Welt, 15.12.2021, Axel Bojanowski

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus235668848/Naturschutz-Wie-Umwelt-und-Klima-als-Machtinstrument-missbraucht-werden.html>

Umweltpolitik ist längst Machtpolitik: Der Staat weitet seinen Einfluss aus, im Namen der Natur gab es sogar schon Vertreibungen, und parallel bereichern sich Banken und Unternehmen. Auch der eigentlich sinnvolle Kampf gegen den Klimawandel wurde so von Beginn vereinnahmt.

Die globale Erwärmung schreitet voran, Wissenschaftler warnen vor Risiken, und eine große Mehrheit der Deutschen hält Umfragen zufolge schon seit mehr als 20 Jahren Gegenmaßnahmen für notwendig. Insofern erscheint es überfällig, dass die neue Bundesregierung den CO₂-Ausstoß des Landes deutlich reduzieren will.

Zwei Prozent der Landesfläche sollen allein der Windenergie zugewiesen werden, dafür müssen auch Wälder weichen. Den riesigen Rotoren der Windturbinen fallen schon jetzt jährlich Abertausende Flugtiere zum Opfer, darunter bedrohte Arten. Auch die große Menge nicht recyclebarer Rohstoffe, die für Wind- und Solaranlagen benötigt werden, beschwört massive Umweltprobleme herauf.

„Eine Generation wird heranwachsen, die intakte Landschaften in Deutschland nicht mehr kennt“, meint der Umweltökonom Joachim Weimann von der Universität Magdeburg angesichts der Ausbaupläne. „Im Ausland wird sie erleben, dass es auch anders gegangen wäre und man Klimaschutz auch betreiben kann, ohne die lokale Natur zu zerstören.“ Als einziges Industrieland verzichtet Deutschland auf klimaschonende Kernkraft, ohne auf nennenswerte Mengen Wasserkraft zurückgreifen zu können.

Wie konnte es geschehen, dass ausgerechnet eine von den Grünen getragene Bundesregierung dem Arten- und Naturschutz in Deutschland so massiv schaden will?

Vermeintliche Umweltdebatten fußen meist auch auf anderen Interessen. So gründet die Energiewende-Politik zwar auf dem notwendigen Kampf gegen den Klimawandel. Sie geriet aber nicht zur Suche nach der besten Lösung für Klima und Umwelt, sondern zum lohnenswerten Ziel für Staatsbürokratie und für eine angeschlossene Lobby.

Die staatliche Förderung von Wind und Sonnenenergie begann in Deutschland in den Neunzigerjahren, allerdings ohne die zwingend nötigen Stromtrassen und Stromspeicher zu organisieren. Das Klima sei das wichtigste Problem der Menschheit, so lautete die offizielle Parole, dennoch schaltet Deutschland seine Atomkraftwerke ab und hat stattdessen den Bau Dutzender CO₂-erzeugender Erdgas-Kraftwerke beschlossen. Die einflussreiche Erdgas-Lobby reicht bis zum ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Ein Katalysator für die Grünen

Auch in anderen Ländern versteckte sich hinter dem Kampf gegen Atomkraft die Erdgas-Lobby: In den USA attackiert seit den 1970er-Jahren eine Allianz von

Umweltverbänden und Politikern, die mit der Erdgas-Industrie verbandelt sind, erfolgreich die mit Gas konkurrierende Kernkraft, indem sie Sicherheitsrisiken der Atomkraftwerke (AKW) aufbauscht.

In Deutschland speisten sich die Ursprünge der Anti-Kernkraft-Bewegung aus der Friedensbewegung, die hierzulande zum Katalysator der gesamten Umweltbewegung und der Grünen wurde. Sie einte ein politisches Interesse: ihr Kampf gegen die Großindustrie. Mit der irrigen Gleichsetzung von Atombomben und Atomkraft gelang ihr ein massenkompatibler Coup.

Hauptargument gegen AKWs bildete eine Behauptung, mit der schon immer erfolgreiche Politik gemacht wird: Die Technologie sei „unnatürlich“. Der berühmte Ökonom John Stewart Mill bezeichnete den Begriff als „eines der schändlichsten Wörter“, wegen des Behauptungsdespotismus, der dem Wort innewohne und der in Absurditäten gipfelte wie der Kampagne gegen Onanie im 18. Jahrhundert, mit der angeblich „die Natur betrogen“ würde.

Selbst die politischen Debatten der Aufklärung im 19. Jahrhundert kreisten um die Frage, wie die menschliche Gesellschaft „natürlicherweise“ organisiert sein müsste. Natur als letztgültige Referenz – wer sich vermeintlich „gegen sie“ stellt, ist diskreditiert.

Die Industrialisierung hat mit der von ihr verursachten globalen Erwärmung die bislang umfassendste Provokation der Natur bewirkt, was die politische Schlagkraft des Themas maximiert, aber eine rationale Debatte über Gegenmaßnahmen erschwert. Wer beispielsweise technologische Vorkehrungen gegen Wetterextreme vorschlägt, gilt schnell als Klimaleugner, der von notwendigen Anstrengungen zur Senkung der CO₂-Emissionen ablenken will.

Zerstörerische Maßnahmen

Hingegen legitimiert der Kampf gegen Treibhausgase selbst zerstörerische Maßnahmen – die unnatürliche Erwärmung ist ein so hoher Trumpf, dass er sogar die Vernichtung von Naturschutzgebieten zulässt, nicht nur in Deutschland.

Albanien beginnt dieser Tage mit dem Bau eines Flughafens in einem Naturschutzgebiet. Das Land möchte dafür ein internationales Nachhaltigkeitssiegel zugesprochen bekommen, weil es Windkraftanlagen und Solarpanele zu integrieren plant, wo bislang Flamingos und andere seltene Tiere lebten.

Im Bundesstaat New York in den USA beschwerten sich Anwohner über die Methoden der Solar-Industrie: Die Konzerne für Sonnenenergie würden die „Industrialisierung der Landschaft“ irreführend als „friedlich und ruhig“ anpreisen, heißt es in einem Schreiben an die „Climate Justice Working Group“. Die „räuberischen Unternehmer“ wüssten genau, wie sie ihre Projekte gut aussehen ließen.

Es brauchte eine mächtige Lobby, um Windkraft und Sonnenenergie durchzuboxen. Schwerreiche Stiftungen, Profit witternde Banken und mit der Branche vernetzte Politiker bahnten den Weg: Wissenschaftsinstitute wurden gegründet, Medien lobbyiert, Wind- und Sonnenenergiefirmen mit gigantischen Subventionszahlungen gefördert, Umweltverbände mit Zahlungen ruhig gestellt.

Zwar wurden auch frühere Energietechnologien wie Kernenergie oder die Dampfmaschine im staatlich organisierten Rahmen durchgesetzt. Wohl selten zuvor allerdings dürfte im Namen des Umweltschutzes ein solch riesiger Bürokratenapparat entstanden sein wie mit der aktuellen Energiewende. Er erhält Zugriff auf fast alle Lebensbereiche, beispielsweise auf Energieversorgung, Wohnen, Mobilität, Ernährung.

Weitreichende Regulierungsmöglichkeiten machten Umweltthemen schon immer attraktiv für Regierungen, die mit dem Thema den Staatsapparat ausweiten und Stellen schaffen konnten. Traditionell arbeiten Mitglieder der Ökobewegungen und Vertreter der Naturforschung überproportional im öffentlichen Dienst; auch die Wähler der Grünen stammen besonders häufig aus dem Staatssektor.

Ausschweifender Umweltdirigismus hat Tradition: Früh regelten europäische Staaten mittels Agrarplanung, Forstwirtschaft und Wasserbau ihre Gesellschaften, später folgten im Auftrag des Umweltschutzes Gesundheitsämter, Gewerbeaufsichten, Forschungsinstitute. So manche Reformen schufen mehr Probleme, als sie lösten, womöglich eine Parallele zur modernen Energiewende in Deutschland.

Bereits vor hundert Jahren konstatierte eine niederländische Studie, dass es nirgendwo in Europa ein ähnlich dichtes Netz des staatlichen Naturschutzes gebe wie in Deutschland. Der Vogelkundler Leo von Boxberger warnte in den 1920er-Jahren vor einer „Verordnungsfreudigkeit neudeutscher Prägung“, vor „Schikane“ im Namen des Naturschutzes. Während anderswo in Europa die Natur für Touristen erschlossen wurde, bekämpften Umweltschützer in Deutschland „Hordenwandern“ und die „Verrummelung der Natur“.

Grundlegende Einschränkungen

Der Kampf gegen den Klimawandel erfordert außergewöhnliche Maßnahmen, er macht allerdings selbst vor Institutionen der parlamentarischen Demokratie nicht halt. Der Wissenschaftsbeirat der Bundesregierung WBGU stellte 2011 in Aussicht, dass es grundlegender Einschränkungen bedürfe im Namen des Klimaschutzes: Entscheidungen von Gesetzgeber und Verwaltung sollten ein „Deliberationsverfahren“ und „klimapolitisches Mainstreaming“ durchlaufen.

Im harmlosen Fall profitiert der Staat von Steuern und Abgaben für Umweltsünden. Üblich sind allerdings auch regelrechte Feldzüge im Namen der Natur. Zahlreiche Staaten rechtfertigten Vertreibungen mit Umweltschutz, etwa Indien, Tansania oder Bhutan, das die Deportation Zehntausender Nepalesen in den 1980er-Jahren mit der Schaffung eines „Grüngürtels“ begründete.

Längst hat sich Klimaschutz auch als geopolitischer Hebel etabliert. Hilfgelder für arme Länder, die Staaten bislang für Gesundheitskampagnen ausgaben, werden umgewidmet für Klimazahlungen, mit denen Regierungen ihr Ansehen in internationalen Klimaabkommen wahren wollen. Auch Vertreibungen stehen wieder auf dem Plan. Entwicklungshilfe-Organisationen klagen beispielsweise über die brasilianische Regierung, die Siedlungen unter dem Vorwand angeblicher Klimaverpflichtungen räumen lasse.

Globale Umweltprobleme wie der Klimawandel verleiten Staaten auch dazu, ihren internationalen Einfluss zu vergrößern. Mittels Entwicklungshilfe erwirken reiche Länder Zugriff auf ärmere Regionen – eine Strategie, mit der Europa seit der UN-Umweltkonferenz von Stockholm 1972 versuchte, seinen schwindenden Einfluss zu stabilisieren.

In den 1970er-Jahren wandelte sich der Umweltschutz in der westlichen Welt von einem konservativen zu einem Thema linker Milieus – Umweltprobleme lassen sich in Stellung bringen gegen Imperialismus und Kapitalismus. Nach dem Niedergang des Sozialismus blieb der Ökologismus die einzige Alternative zum Konsumismus, weshalb linke Bewegungen sich nun in der Klimabewegung sammeln.

„Das grüne Lebensgefühl ist zu einer Anklage des allgemeinen Wachstumsversprechens geworden“, schreibt der Historiker Andreas Möller in seinem Buch „Das grüne Gewissen“. Die Politisierung erschwert den gebotenen Kampf gegen den Klimawandel, weil Interessengruppen das Thema für sich ausnutzen.